

03. Juni 2024

DIE LINKE Kreisverband Bodenseekreis

A) Thema Wohnen

1. Haben wir in FN überhaupt Wohnungsnot und was fehlt ganz besonders?

Die Not ist für viele verschiedene Menschen und Familien inzwischen bittere Realität. Bezahlbarer Wohnraum ist kaum zu finden. Die Mietkosten sind hoch, und das Angebot ist unpassend. Effektive Maßnahmen fanden bisher keine Mehrheiten im Gemeinderat. Die LINKE setzt sich für den Bau von gefördertem, sozialem, klimagerechtem und inklusivem Wohnraum durch die Stadt ein. Wohnraum ist eine entscheidende Frage für viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die dringend angegangen werden muss.

2. Mit welchen Ideen zieht Ihre Liste beim Thema Wohnraum in den Wahlkampf?

Förderung und Bau von bedarfsgerechtem Wohnraum durch die Stadt Friedrichshafen. Begrenzung neuer Ferienwohnungen und Kurzzeitvermietungen über app-basierte Dienste. Zweckentfremdungssatzung zur konsequenten Bekämpfung von größeren Leerständen und Rechtsberatungen sowie Unterstützung bei privaten Vermietungen. Erhöhung der Quoten von sozialem Wohnraum bei städtischen Bauprojekten und Nachverdichtungsmaßnahmen. Sinnvolle Bodenpolitik und kein Verkauf, sondern Erbpacht bei städtischen Grundstücken.

3. In die Fläche oder in die Höhe: Wie stehen Sie zum Thema Nachverdichtung in der Innenstadt?

Nachverdichtungen sind an vielen Stellen sinnvoll. Wichtig ist, dass die Verdichtung auch die gewünschten Ziele erreicht und die Situation nicht verschlechtert. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle Bodenpolitik sowie Vergabe, Verpachtung und Bewirtschaftung von städtischen Grundstücken ein. Baumaßnahmen und Verdichtungsmaßnahmen müssen immer abgewogen werden und die Schaffung von sozialem sowie bezahlbarem Wohnraum bezwecken. Flächen wie der Hintere Hafen sollten entwickelt werden.

B) Thema Klinikum

1. Was muss das Häfler Klinikum tun, um dem Vertrauensverlust nach den Debatten rund um den Suizid einer Oberärztin zu begegnen?

Für uns steht die lückenlose Aufklärung aller Ereignisse durch eine unabhängige Untersuchung, die transparent kommuniziert werden muss, an erster Stelle. Psychologische Betreuung muss für Mitarbeitende und Betroffene bereitgestellt werden. Arbeitsbedingungen sollten überprüft und verbessert, Feedback-Systeme eingeführt und Führungskräfte geschult werden. Transparenz sowie Qualitätskontrollen sind wichtig, um eine qualitativ hochwertige Arbeitsumgebung zu schaffen.

2. Wo sehen Sie die Zukunft: ein eigenständiges Häfler Klinikum? Eine Fusion mit den OSK? Oder sollte das Klinikum an einen Konzern verkauft werden?

Das Klinikum muss seine Eigenständigkeit und kommunale Trägerschaft auf jeden Fall behalten. Eine stärkere kommunale Beteiligung durch den Landkreis wäre aus unserer Sicht wünschenswert. Ein Verkauf an einen Konzern wird von uns strikt abgelehnt. Gesundheit darf unserer Meinung nach keine Frage von Profiten sein, sondern muss für alle sichergestellt werden. Daher müssen Stadt und Landkreis in ein zukunftsfähiges Krankenhaus investieren und langfristig gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sicherstellen.

3. Was kann die Stadt/was kann der Gemeinderat tun, um auch die ambulante Gesundheitsversorgung zu sichern, sprich: genügend Arztpraxen in die Stadt holen)?

Die Stadt muss für attraktive Bedingungen und ein ansprechendes Umfeld sorgen. Dazu gehört die Einrichtung öffentlicher Gesundheitszentren und die finanzielle Unterstützung lokaler Arztpraxen, beispielsweise durch Gewährung von Mietzuschüssen für Praxisräume. Die Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze, Gemeinschaftspraxen und eine gesicherte Zukunft für die umliegenden Krankenhäuser verbessern die Situation.

C) Thema Migration/Integration

1. Friedrichshafen hat lange auf dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen gesetzt. Ist das auch der richtige Weg für die Zukunft? Und wenn das so ist: Was muss geschehen, damit er weiter gangbar bleibt?

Die dezentrale Unterbringung ist ein zentraler Schlüssel für eine gelingende Integration und sollte oberes Ziel sein. Alle Ortsteile müssen sich angemessen beteiligen. Die Bevorzugung oder Benachteiligung verschiedener Ortsteile im Gemeinderat muss beendet werden. Notwendige Infrastruktur wie Mobilität, Schulen oder bezahlbarer Wohnraum muss in allen Stadtteilen sichergestellt sein. Die Stadt muss hier häufiger langfristig und bedarfsgerecht planen und investieren.

2. Beim Thema Migration reden viele nur von Fluchtbewegungen. Braucht Friedrichshafen auch gesteuerte Zuwanderung? Und wenn ja: In welchen Bereichen?

Friedrichshafen benötigt eine gelingende Integration. Die Zuwanderung an sich kann eine Kommune nicht steuern, sondern muss diese als Pflichtaufgabe menschenwürdig bewältigen. Zugewanderte müssen einen bedarfsgerechten Zugang zu Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe erhalten. Die Stadt muss zukunftsfähig planen, damit keine Konkurrenzsituationen entstehen und für die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt gesorgt ist. Angespannten Situationen muss durch Transparenz und Dialog begegnet werden.

3. Verschiedene Gremien, Vereine, das interkulturelle Stadtfest – es passiert schon einiges, um Integration zu erleichtern. Welche Vorschläge hat Ihre Liste für dieses Thema?

Integration muss auch durch politische Repräsentation und die Berücksichtigung aller Bedürfnisse sichergestellt werden. Jugendparlament und Gemeinderat haben die Pflicht, im Sinne des Gemeinwohls aller zu entscheiden und dafür zu sorgen, dass Repräsentation sichergestellt ist. Die städtische Kulturförderung muss noch leichter zugänglich gemacht und Beratungsangebote ausgebaut werden. Wir setzen auch bei unserer Liste auf Kandidierende aus vielen verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft.

D) Thema Finanzen

1. Der finanzielle Spielraum wird enger, sagt nicht nur der OB. Worauf setzt ihre Liste: Sparen oder Einnahmen sprich Steuern und Gebühren erhöhen?

Wir setzen auf eine Verschiebung der Prioritäten und Ausgaben. Eine rigorose Sparpolitik bei Sozialem, Bildung, Klimaschutz und Gesundheit lehnen wir konsequent ab. Wir möchten die klimaschädliche Subventionierung des bereits langfristig defizitären Flughafens beenden. Auch andere Beteiligungen wie die Messe benötigen finanziell und gesellschaftlich tragfähige Konzepte für die Zukunft. Die Stadt muss ihre finanziellen Reserven nutzen und sinnvoll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger investieren.

2. Lange haben ZF und Zeppelin ordentliche Renditen erwirtschaftet. Grade im Automobilbereich wird die Luft dünner. Sollte die Stadt die ruhige Hand gegenüber den Stiftungsbetrieb weiterhin walten lassen? Oder richtig eingreifen? Zum Beispiel durch Teilverkäufe oder eine Veränderung der Gesellschaftsform...

DIE LINKE lehnt Privatisierungen generell und insbesondere den Verkauf der ZF und der Zeppelin Gesellschaft ab. Auch Teilverkäufe und andere Gesellschaftsformen wären langfristig gesehen zum Nachteil der Häflerinnen und Häfler. Die Stadt kann durch die ansässigen Universitäten, Betriebe, Digitalisierung und eine funktionierende Infrastruktur ein attraktives Umfeld für die Stiftungsunternehmen schaffen. Für uns gilt es, die Rahmenbedingungen zu verbessern, statt Eigentum zu verscherbeln.

3. Friedrichshafen leistet sich Projekte und Institutionen, die eigentlich zu groß sind für eine 63.000-Einwohner-Stadt. Wenn es nötig wird: Welchen Zopf würden Sie abschneiden. Stichworte sind z.B. Flughafen, Messe, Zeppelin-Uni, Erweiterung des Zeppelin-Museums, kommunale Klinik...

Die Schließung des kostenintensiven Flughafens würde ein großes Budget für sinnvollere und sozialere Investitionen freimachen. Investitionen in die Messe wollen wir, wenn nötig, kürzen oder stoppen. Die Millionen-Reserven aus der Ferdinand gGmbH sollten sinnvoll investiert werden. Höchste Priorität geben wir eindeutig der flächendeckenden medizinischen Versorgung und insbesondere der Erhaltung der kommunalen Klinik, einschließlich Bildung und Forschung, und der Finanzierung der Zeppelin-Universität.